
FDP Wetterau

WIEDER MEHR MIT DEN LANDWIRTEN REDEN ALS ÜBER SIE

22.06.2018

Landtagsabgeordnete Wiebke Knell (FDP) besucht die Wetterau – „Wieder mehr mit den Landwirten reden als über sie!“

- Informationsveranstaltung des FDP-Landesfachausschusses „Ländlicher Raum“ zum Grundwasserschutz im Wetteraukreis
- Knell informiert sich bei landwirtschaftlichem Leitbetrieb zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
- Maschinenring Wetterau und Ingenieurbüro Schnittstelle Boden referieren zum Stand der Grundwasserschutzberatung im Zuge der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie in Wasserschutzgebieten

WIESBADEN/NIDDATAL, den 08.06.2018

Auf Einladung des FDP-Landesfachausschusses besuchte die landwirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Wiebke KNELL, den Erlenhof der Familie Schneller in Niddatal-Assenheim. Knell informierte sich beim Kreislandwirt Michael Schneller vor allem über die praktische Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und den Grundwasserschutz im Wetteraukreis. Die stellvertretende Vorsitzende des LFA, Andrea Rahn-Farr, konnte trotz des eher ungünstigen Termins an einem Freitag Vormittag zahlreiche Gäste aus ganz Hessen begrüßen: „Das derzeit im ganzen Land diskutierte Thema Wasserschutz trifft bei den Mitglieder des Ausschusses offenbar auf großes Interesse. Besonders freuen wir uns, dass Wiebke Knell zusammen mit dem Fachreferenten der FDP für Landwirtschaft, Tobias Kress, heute bei uns vor Ort ist. Es ist allen wichtig, bei diesem Thema sachlich und fachlich richtige Informationen zu bekommen, um in den Kommunen wie auch im Landtag fundiert entscheiden zu können“,

betonte Rahn-Farr.

Zunächst stellte Michael Schneller seinen Betrieb sowie seine Wirtschaftsweise in Bezug auf Wasserschutz vor. Auf seinen Feldern wachsen Winterweizen, Zuckerrüben und Raps zur Ölgewinnung. Der Erlenhof ist einer von 45 Leitbetrieben in der Region.

Dr. Hendrik Kamps vom Fachdienst Landwirtschaft des Wetteraukreises skizzierte anschließend den Werdegang des „Projekts Grundwasserschutz“. Er ist der zuständige Sachbearbeiter beim Wetteraukreis. Im Jahr 2011 begann der Fachdienst Landwirtschaft mit den grundlegenden Vorarbeiten, damit der Wetteraukreis zum Träger der Maßnahmen werden konnte. Das Land Hessen ist seinerseits zuständig für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und stellt die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung.

Der Wetteraukreis als Träger des „Projekts Grundwasserschutz“ hat seinerseits zwei Fachteams - beim Maschinenring Wetterau (Wölfersheim) sowie beim Ingenieurbüro Schnittstelle Boden (Ober-Mörlen) – mit der Erarbeitung der Maßnahmen, der Beratung der Landwirte und der Ergebnismessung beauftragt.

„Im Wetteraukreis werden seit Jahrzehnten immer weniger Tiere gehalten. Deshalb stellen betriebseigene organische Düngemittel wie Gülle oder Stallmist überhaupt kein Problem im Hinblick auf den Grundwasserschutz dar. Es gibt trotzdem punktuell Grundwassermessstellen, die einen steigenden Nitratgehalt aufweisen. An der Verbesserung in diesen Bereichen wird im Rahmen des Projekts gearbeitet.“, so Dr. Kamps.

Sowohl Frank Lotz vom Maschinenring Wetterau als auch Dr. Matthias Peter vom Ingenieurbüro Schnittstelle Boden standen als Hauptreferenten den Teilnehmern aus ganz Hessen Rede und Antwort. Im Rahmen der guten Zusammenarbeit zwischen Landwirten und Beratern wurden durch gezielte Messungen und kompetente Beratung bereits erhebliche Einsparungen beim Einsatz der Dünger erreicht. Die Landwirte stellen die bedarfsgerechte Nährstoffversorgung der Pflanzen auf dem Acker und dem Grünland durch Zukauf von Mineraldünger sicher. Bei der Abschätzung des jährlich schwankenden Bedarfs – je nach Witterung – helfen die im Frühjahr und im Vegetationsverlauf ermittelten Messwerte der Beratungsbüros. Sie spiegeln die im Boden vorhandenen Mengen an Stickstoff wieder, die sog. N-min-Werte. Sind die Werte im Boden hoch, schränken die Landwirte die zusätzliche Düngung der Pflanzenbestände ein.

Besonders problematisch hierbei ist die Düngung der Äcker mit Kompost, der nicht aus der Region stammt, sondern aus anderen Regionen Deutschlands in die Wetterau geliefert wird. „Wir möchten zur Vorsicht mahnen, den guten Status des Grundwassers im Wetteraukreis nicht durch Kompost und Ähnliches aus anderen Regionen in Gefahr zu bringen“, so Frank Lotz vom Maschinenring. „Andere Regionen haben wesentlich mehr organischen Dünger als die Wetterau und müssen diesen exportieren.“

Auf die über 20-jährige Erfahrung und klaren Erfolge der Berater bei den schon bestehenden landwirtschaftlichen Beratungen in Trinkwasserschutzgebieten hob Dr. Matthias Peter ab.

Er stellte heraus, dass Grundwasserschutz eine auf Generationen angelegte Aufgabe sei: „Bei den hiesigen Bodenverhältnissen kann es 20 bis 30 Jahre dauern, bis das Wasser von der Oberfläche im Grundwasserkörper ankommt.“, so Dr. Peter. „Bei den Trinkwasserschutzgebieten, die bereits seit 20 Jahren von uns betreut werden, sieht man deutliche Erfolge – der Nitratgehalt in diesen Brunnen sinkt erkennbar!“ Auch für die seit 2013 bestehende Wasserrahmenrichtlinienberatung gelte, dass sich Erfolge, wie in den Wasserschutzgebieten, vermutlich erst nach Jahrzehnten zeigen. Man könne sich nicht über Abläufe des Bodenwasser- und Stoffhaushaltes hinweg setzen, so Peter weiter.

Nach den Vorträgen ging es zum praktischen Teil auf den Acker: Michael Schneller präsentierte eine Weizen- und einen Zuckerrübenschlager mit den dazugehörigen sehr guten N-min-Messergebnissen und der Düngestrategie, die zu diesen Ergebnissen geführt hat.

André Fritz und Nina Storck führten auf dem Feld vor, wie aus einer frisch genommenen Bodenprobe die N-min-Werte ermittelt werden. Anhand von Schautafeln konnten die LFA-Mitglieder verfolgen, wie sich der Bedarf an Stickstoff sowie die Nachlieferung aus dem Boden über das Jahr entwickelten.

Wiebke Knell zeigte sich beeindruckt von der Umsetzung der Beratung und der Maßnahmen: „Das Projekt zeigt, dass individuelle Beratung und kooperative Projekte zur Verminderung der Nitratbelastung wesentlich und sehr zielorientiert sind. Sie sollten komplexen bürokratischen Strukturen wie der Düngeverordnung vorgezogen werden. Diese schafft deutschlandweit einheitliche Regelungen, lässt Bodenbeschaffenheit und Wirtschaftsform aber völlig außer Acht.“, so Wiebke Knell. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des hessischen Landtags. „Insgesamt sollten wir dazu übergehen, wieder mehr mit den Landwirten zu reden, als über sie. Landwirte tragen eine hohe Verantwortung für unsere Ernährung und bewirtschaften seit Jahrhunderten ihre Böden schonend und nachhaltig. Es liegt daher den Freien Demokraten am Herzen, dass unsere Landwirte nicht mit überzogener Bürokratie stranguliert werden. Wir müssen Mittel und Wege schaffen, dass die regionale Landwirtschaft zum Wohle der Bürger wieder einen höheren Stellenwert bekommt.“